

Maren Seliger:

### **Kommunale Scheinelite im Führerstaat ?**

Funktion und politisches Profil Wiener Räte (1934-38) u. Ratsherren (1939-45)

Mit der Beseitigung der parlamentarischen Demokratie und der gewaltsamen Ausschaltung der Sozialdemokratie 1933/34 war der Weg der Diktatur beschritten worden. Damit wurde ein Emanzipationsprozess unterbrochen, der von der Forderung nach Beteiligung an politischen Entscheidungen und vom jeweiligen Legitimationsbedarf des politischen Systems geprägt war. Nach der Revolution von 1918 konnte sich erstmals auch die Kommunalpolitik auf den politischen Willen der gesamten Bevölkerung berufen. Mit der Etablierung der Regierungsdiktatur 1934-1938 und der von ihr abgelösten NS-Herrschaft 1938-1945 stellte sich für die jeweils Herrschenden die Frage, wie ihre Machtausübung zu legitimieren sei. Bei aller Differenz von Austrofaschismus und Nationalsozialismus waren sich beide in vielen ideologischen Positionen einig wie Antiliberalismus, Antisemitismus, Antimarxismus. Einig auch in der strikten Ablehnung von Parteiendemokratie und Parlamentarismus.

Zu welchen Ersatzlösungen es für die fehlende demokratische Legitimation in der bundesunmittelbaren Stadt Wien 1934-38 bzw. im Stadtgau Wien im Nationalsozialismus kam, wird den ersten Teil der Publikation ausmachen. Die ständestaatliche Bürgerschaft und die Versammlung der Ratsherren werden auf ihre ideologische Begründung, ihren Stellenwert im Machtsystem, und ihre scheinlegitimatorische Funktion untersucht. In beiden Diktaturen, vom Führerprinzip bestimmt, wird am Surrogat einer Gemeindevertretung festgehalten: einmal mit Bezug auf anachronistische Ständekonzeptionen, zum anderen unter Berufung auf eine kommunale Selbstverwaltungsideologie, die das Partizipationsrecht durch die Pflicht zur Übernahme eines Ehrenamtes ersetzte.

Im zweiten Teil wird der jeweils ernannte Kreis der Mandatare untersucht: insgesamt 83 Räte für die Zeit 1934-38 und 77 Ratsherren für die Zeit 1939-1945. Sie werden in standardisierten Kurzbiographien dokumentiert und einer vergleichenden, kollektivbiographischen Analyse unterzogen, in der Lebensdaten wie Alter, Geschlecht, Konfession, Familienstand, Angaben zur regionalen und sozialen Herkunft, zur Ausbildung, wirtschaftlichen Stellung und zur politischen Sozialisation empirisch belegt und interpretiert werden. Darüber hinaus

wird die politische Struktur von Bürgerschaft und Ratsherren mit jeweils System angepassten Merkmalen beschrieben: Ehemalige Parteizugehörigkeit, Zugehörigkeit zu Wehrverbänden, Funktionen in der Vaterländischen Front, in Verbänden und Vereinen, Mitgliedschaft in der NSDAP und ihren Gliederungen und Verbänden. Das Thema Kontinuitäten und Brüche wird besonders an den Indikatoren wie Ausübung öffentlicher Mandate vor und nach der Diktatur, beruflicher Aufstieg, Illegalität, Verfolgung, Anhaltung und Ausbürgerung, Widerstand, Täterverantwortung nach 1945 abgehandelt. Die genauere Kenntnis der Struktur von Bürgerschaft und Ratsherren soll auch dazu verhelfen, Hinweise für die Auswahlgründe der Kandidaten zu liefern, da direkte Quellen zum Bestellvorgang selbst weitgehend fehlen. Mit der breit angelegten Analyse kann der bisher unbekannte Kreis der Personen vorgestellt werden, der das jeweilige politische System stützte und repräsentierte.

Die Untersuchung betritt weitgehend Neuland und fand eine teilweise recht lückenhafte Quellenlage vor. Sie stützt sich vor allem auf Bestände des Wiener Stadt- und Landesarchivs (Gau- und Registrierungsakten, Protokolle und Akten zu Bürgerschaft und Ratsherren, MD-Personal- und Präsidialakten, Biographische Sammlung, Fotoarchiv, Meldearchiv, Kartei der Volksgerichtshofverfahren etc.), der Wiener Stadt- und Landesbibliothek (Tagblatt-Archiv, Biographische Sammlung), des Österreichischen Staatsarchivs (Gauakten, Wehrstammakten Kriegsarchiv, Wächter-Kartei, Parteiaufnahmeanträge-Kartei , Wiener Christlichsoziales Parteiarchiv, Bestand Vaterländische Front, Personalakten diverser Ministerien, Ausbürgerungen), Österreichische Gesellschaft für historische Quellenforschung (Personenarchiv), Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (KZ-Opferverband, sonstige Akten über Täter und Opfer, Datensammlung Volksgerichtshofverfahren), Institut für Zeitgeschichte (Kartei österreichischer NSDAP-Mitglieder Berlin Document Center), OÖ Landesarchiv, Stadtarchiv Linz, Steiermärkisches Landesarchiv, Österreichisches Biographisches Lexikon, diverse andere einschlägige Einrichtungen wie Handelskammer Wien, Fraktion Christlicher Gewerkschafter, Karl-von-Vogelsang-Institut, Jüdische Bibliothek, Archive von Pfarreien, Korrespondenz mit Familienangehörigen.